



Deutsch-Französisches
**ZUKUNFTS
WERK**

Handlungsempfehlungen
**Sozial-ökologische
Transformation
beschleunigen!**



Inhalt

Vorwort	4
Handlungsempfehlung 1 Finanzierung kommunaler Klimamaßnahmen neu denken und Instrumente anpassen	6
Handlungsempfehlung 2 Kommunen für ein effektives Klimaschutzmonitoring aufstellen	10
Handlungsempfehlung 3 Kooperationskultur und institutionelle Zusammenarbeit auf lokaler Ebene für eine sozial-ökologische Transformation aktivieren	14
Handlungsempfehlung 4 Entwicklung lokaler und nachhaltiger Ernährungssysteme priorisieren	18
Handlungsempfehlung 5 Lokale partizipative Kulturarbeit als zentralen Hebel für sozio-ökologische Transformation begreifen und stärken	22
Handlungsempfehlung 6 Partizipation neu denken! Langfristige Kooperationen zwischen Kommunen und Bürger:innen fördern	26
Handlungsempfehlung 7 Diskriminierungssensible Transformationspolitik auf lokaler Ebene ermöglichen	30

Vorwort



Patrizia Nanz
Co-Direktorin
des Deutsch-Französischen
Zukunftswerks
Arbeitszyklus 2020/21



Gilles de Margerie
Co-Direktor
des Deutsch-Französischen
Zukunftswerks
Arbeitszyklus 2020/21

Angesichts der immer dringlicher werdenden Klimakrise und der Notwendigkeit, den ökologischen Wandel sozial verträglich zu gestalten, haben sich viele Kommunen in Deutschland und Frankreich auf den Weg gemacht, diese Herausforderungen zu bewältigen. Sie rufen den Klimanotstand aus, sie setzen sich Klimaneutralitäts- und Nachhaltigkeitsziele und messen ihren Fortschritt. Sie gehen neue Kooperationen ein, mit lokalen Akteuren aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft, und sie beteiligen Bürger:innen. Sie experimentieren mit neuen Ideen, Methoden und Modellen. Einige Vorreiter können beachtliche Erfolge verzeichnen, aber alle stoßen auf zahlreiche Herausforderungen.

Die Handlungsempfehlungen des Deutsch-Französischen Zukunftswerks basieren auf solchen Erfahrungen lokaler Praxis. Sie starten nicht an einem vermeintlichen Nullpunkt, sondern zeigen, wie die Anstrengungen unterschiedlicher Kommunen die nachhaltige Entwicklung ihrer Region maßgeblich gestalten können. Sie machen deutlich, wie eine nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Ebene durch nationale – und zum Teil durch europäische – Politik unterstützt und mehr Kommunen angestiftet werden können.

Die durch die Regierungen Deutschlands und Frankreichs mitgesetzten Themen des ersten Arbeitszyklus des Deutsch-Französischen Zukunftswerks waren *Ökologischer Wandel* und *Wirtschaftliche und soziale Resilienz*. Wir haben die Herausforderungen einer **sozial-ökologischen Transformation** als eine Schnittstelle beider Themen definiert und über einen Zeitraum von anderthalb Jahren jeweils drei Kommunen in Deutschland und Frankreich zu diesen Herausforderungen begleitet.

Wir, das Deutsch-Französische Zukunftswerk, haben Schlüsselakteure aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft getroffen, die in diesen Kommunen eine sozial-ökologische Transformation vorantreiben. Wir haben intensive *Dialoge* geführt und gestaltet, die teils durch *kollaborative Aktionsforschung* begleitet und ergänzt wurden. So haben wir Menschen über nationale Grenzen und Sprachbarrieren hinweg in Austausch gebracht.

Darauf aufbauend haben wir in einem kollaborativen und innovativen Prozess sieben politische Handlungsempfehlungen an die Regierungen Deutschlands und Frankreichs entwickelt, die auch auf andere Kontexte in Europa übertragbar sind. Gemeinsam mit 40 Expert:innen aus unseren Partnerkommunen, Zivilgesellschaft, Verwaltung und Wissenschaft haben wir in einem *Resonanzraum* im Austausch

miteinander die folgenden Fragen beantwortet: Was können wir aus kommunaler Transformationspraxis lernen? Wie kann die nationale Ebene den Kommunen dienlich sein, damit diese ihre zentrale Rolle in der Gestaltung eines sozial-ökologischen Wandels wahrnehmen können? Die Betrachtung von zwei unterschiedlichen nationalen Kontexten war dabei von unschätzbarem Wert, denn was in einem Kontext unmöglich erscheint, wird in einem anderen Kontext bereits praktiziert. So können beide Seiten voneinander lernen.

Die vorliegenden Empfehlungen zeigen, dass die erheblichen durch die nationalen Regierungen zur Verfügung gestellten Finanzmittel zur Beschleunigung einer ökologischen Transformation nicht wirksam genutzt werden können, wenn Kommunen der Zugang zu diesen Finanzmitteln nicht radikal vereinfacht wird. Sie zeigen ebenso die Chance einer Regionalisierung von Kompetenzen im Rahmen der Klimapolitik und Messkapazitäten von Treibhausgasemissionen auf, die von den nationalen Regierungen unterstützt werden müssen.

Wir haben ebenso festgestellt und festgehalten, wie stark lokale Transformationen in Kreativität und Kooperationsfähigkeit wurzeln. Unsere Handlungsempfehlungen machen deutlich, wo und wie nationale Rahmenbedingungen diese hemmen und wo und wie sie gefördert werden können. Damit Kommunen in Deutschland und Frankreich Transformationen einleiten können, die den gesteckten Klimazielen entsprechen und wirtschaftliche wie soziale Resilienz fördern, können und müssen die nationalen Regierungen beider Länder lokale Kapazitäten stärken, die die Entwicklung geteilter lokaler Zukunftsvisionen, Experimente und umfassende Lernprozesse ermöglichen.

Unsere Empfehlungen fordern auch dazu auf, sich von alten Mustern in der öffentlichen Verwaltung zu lösen, so etwa der Auffassung, dass Klimaschutz alleinige Verantwortung von Umweltabteilungen und -referaten ist oder dass eine Beteiligung von Bürger:innen durch Politik und öffentliche Verwaltung allein bei nicht-technischen Themen sinnvoll und möglich ist.

Schließlich erfordert eine erfolgreiche sozial-ökologische Transformation, eine diskriminierungssensible Brille. Denn nur wenn Maßnahmen fortbestehende Diskriminierungen berücksichtigen und versucht wird, diese abzuschwächen, kann Transformation auf demokratische und sozialverträgliche Weise gestaltet werden.

Die Herausforderungen, die der Klimawandel mit sich bringt, sind in vielerlei Hinsicht neu und erfordern neue Kompetenzen auf kommunaler Ebene. Dabei müssen die Kompetenzen kommunaler Politik und Verwaltung insbesondere mit Blick auf Umwelt- und Klimafragen sowie Partizipation und Kooperation gestärkt werden. Wir, das Deutsch-Französische Zukunftswerk, empfehlen daher den nationalen Regierungen Deutschlands und Frankreichs, bei jeglichen Unterstützungsmaßnahmen für Kommunen die lokale Kompetenzsteigerung mitzudenken.


Patrizia Nanz


Gilles de Margerie

Hinweis zur Sprache

Die Erarbeitung der Handlungsempfehlungen in einem binationalen Kontext bringt bei aller gegenseitigen Befruchtung auch sprachliche Herausforderungen mit sich. Wie können Hinweise auf gute lokale Praktiken und Institutionen in beiden Sprachen gleichermaßen verständlich sein? Wie wirken sich nationale Debatten um Begriffe und Definitionen auf die Formulierungen der jeweils anderen Sprache aus? Im Resonanzraum hat das Deutsch-Französische Zukunftswerk unter Direktverdolmetschung leidenschaftlich mit den Mitgliedern des Resonanzraums diskutiert. Bei der Reinschrift in beide Sprachen war das Ziel, dem diskutierten Inhalten aufs höchste Maß treu zu bleiben und trotzdem einen leicht zugänglichen Text zu verfassen. Das bedeutet, dass die Satzstruktur in Teilen voneinander abweicht und manche Zusammenhänge in der einen Sprache mehr Kontext bedürfen als in der anderen.



Handlungsempfehlung 1

Finanzierung kommunaler Klimamaßnahmen neu denken und Instrumente anpassen

„Die von den Ausschreibungen vorgegebenen Fristen erfordern eine hohe fachliche Kompetenz der Kommunen. Ein ehrgeiziges Programm lässt sich nicht improvisieren. Diese Kompetenz erlangt man durch die Verstetigung von Strategieentwicklungsprozessen und die Konsolidierung von Partnerschaften. Kleine Gebietskörperschaften, die bereits mit dem Alltagsgeschäft voll ausgelastet sind, haben diese Vorlaufzeit zur Strategieentwicklung nicht.“

Joffrey Perrussel

Beauftragter für die Strategie zur Senkung
des CO₂-Ausstoßes,
La Rochelle Territoire Zéro Carbone

„Wir sind deshalb als Kreis mit dem Klimaschutz so gut weitergekommen, weil wir selbst und im Netzwerk mit den Kommunen Personal aufbauen konnten, das gut miteinander arbeitet. Doch eine Herausforderung bleibt, auf diesem Niveau und sogar mit noch mehr Power weiterzuarbeiten. Klimaschutz hängt immer am Tropf einer guten Finanzierung, die sich momentan noch vor allen Dingen über Fördermittel darstellt.“

Silke Wesselmann

Amtsleiterin,
Amt für Klimaschutz und Nachhaltigkeit,
Kreis Steinfurt

Das Amt für Klimaschutz und Nachhaltigkeit im Kreis Steinfurt ist Vorreiter einer ökologischen Transformation und in Deutschland einzigartig. Ein Team von 25 Mitarbeiter:innen kümmert sich im Kreis um Klimaschutz und Klimafolgenanpassung, den Ausbau der erneuerbaren Energien und Energieeffizienz, sowie Stärkung der regionalen Wertschöpfung. Über einen dazu gegründeten Verein Energieland e.V. kooperiert der Kreis mit Unternehmen, er berät, vernetzt und informiert seine Kommunen und Bürger:innen. Darüber hinaus unterstützt das Amt seine 24 Städte und Gemeinden bei der Beantragung von Fördermitteln für Klimamaßnahmen, wie z. B. durch Sammelanträge für Stellen von Klimaschutz-Manager:innen. Doch selbst ein personell so gut ausgestatteter Kreis muss sich kontinuierlich um weitere Finanzierung für seine ambitionierte Klimapolitik kümmern. Dies bedarf Kapazitäten. Von Kommunen¹ kann jedoch nicht erwartet werden, dass sie die Kapazitäten mitbringen, um den „Antragsdschungel“ zu bewältigen.

Begründung

Kommunen stehen an vorderster Front bei Klimaschutz und Klimafolgenanpassung, kurz, bei Klimamaßnahmen. Dies schlägt sich auch in ihrem Bedarf an öffentlichen Klimainvestitionen nieder. Schätzungen haben ergeben, dass es in Deutschland im kommunalen Bereich 17 Milliarden Euro für Klimainvestitionen jährlich bedarf. Im Vergleich dazu benötigt der Bund 9 Milliarden Euro jährlich. Doch wird dieser Bedarf momentan noch nicht gedeckt. In Frankreich sieht es ähnlich aus: Laut Schätzungen des Forschungszentrums *14CE* muss die öffentliche Hand kurzfristig 9 Milliarden Euro pro Jahr an zusätzlichen Investitionen tätigen, um die Kli-

maziele zu erreichen. Eine Aufgabe, die angesichts der insgesamt **45 Milliarden Euro** an öffentlichen und privaten Investitionen, die im Jahr 2020 bereits getätigt wurden, machbar ist.

Es gibt bereits eine Vielfalt an Förderprogrammen für kommunale Klimamaßnahmen. Jedoch hat es ein Großteil der Kommunen schwer, diese Förderprogramme zu kennen und nutzen. Die Fristen sind meist kurz. Die Antragstellung ist bürokratisch. Wie die Erfahrungen des Kreises Steinfurt und der Stadt La Rochelle zeigen, braucht es Personal, Kompetenz und feste Partnerschaften, um die Antragstellung und Abwicklung der Fördermittel zu bewältigen.

In Deutschland sind Klimamaßnahmen bisher eine freiwillige Aufgabe und bleiben daher hinter anderen kommunalen Aufgaben zurück. In Frankreich ist die Erstellung von kommunalen Klimaaktionsplänen zwar verpflichtend, aber nicht mit einer ausreichenden Finanzierung unterlegt.

Auch werden Klimamaßnahmen momentan noch zu wenig systematisch in die existierenden kommunalen Budgets integriert. Um dies effektiv zu tun, bräuchten Kommunen Beratung und Unterstützung.

Plädoyer

Lokale Erfahrungen in Deutschland in Frankreich haben gezeigt, dass die Finanzierung für kommunale Klimamaßnahmen momentan nicht gesichert ist. Förderprogramme, so wichtig sie sind, reichen nicht aus, da sie in beiden Ländern zumeist nur von bereits fortgeschrittenen Kommunen effektiv in Anspruch genommen werden können.

Das beeindruckende Engagement von Personen auf lokaler Ebene könnte durch eine **bessere finanzielle Grundausrüstung der Kommunen** potenziert werden. **Dazu müssen die nationalen Regierungen sowohl in Frankreich als auch in Deutschland sicherstellen, dass allen Kommunen eine langfristige Finanzierung von Klimamaßnahmen ermöglicht wird.** Das Deutsch-Französische Zukunftswerk empfiehlt den Regierungen Deutschlands und Frankreichs folgende Maßnahmen zu ergreifen:



In Deutschland und Frankreich

1.1 Nationale Förderprogramme für die kommunale sozial-ökologischen Transformation optimieren:

- Dazu sollte der Ausbau einer proaktiven und regionalisierten **Unterstützungsstruktur** für Kommunen zur Kompetenzsteigerung in ihrer Planung von Klimamaßnahmen gestärkt werden. Diese Unterstützungsstruktur sollte ebenso die Kompetenz der Kommunen zum Abruf nationaler Fördermittel steigern. Insbesondere Kommunen, die noch am Anfang ihrer Ambitionen stehen, brauchen Personal und Kapazitäten, um längerfristige Finanzierungsstrategien zu entwickeln.
- Die Förderprogramme sollten darauf abzielen, **Bürokratisierung drastisch abzubauen**, ohne die Kapazität des Fördermittelmanagements und der Rechenschaftslegung zu vernachlässigen. Um dies zu gewährleisten, sollte die Überarbeitung und regelmäßige Überprüfung der nationalen Fördermittelvergabe in einer kontinuierlichen Zusammenarbeit zwischen nationaler Regierung und Kommunen erfolgen.

1.2 Klimawirkungen in alle kommunale Förderprogramme mainstreamen

Die nationalen Regierungen sollten Wirkungen einer Maßnahme auf Klimaschutz, Anpassung an Klimafolgen und Umweltschutz, als wichtiges Kriterium in sämtliche nationale Förderprogramme, die sich an Kommunen richten, aufnehmen. Die Aufnahme des Kriteriums sollte mit einer Finanzierung des für Kommunen damit verbundenen Mehraufwands einhergehen.

1.3 Einen ebenenübergreifenden Innovationswettbewerb ins Leben rufen

Bund, Länder und Kommunen in Deutschland, nationale Regierung, *Régions* und lokale Gebietskörperschaften in Frankreich stehen vor den gleichen Herausforderungen bei Klimamaßnahmen und arbeiten gleichermaßen an Lösungen. Um ebenenübergreifenden Raum für Austausch zu innovativen Lösungen zu schaffen, sollte die nationalen Regierungen einen ebenenübergreifenden **Innovationswettbewerb für effektive Lösungen** ins Leben rufen. In diesem Wettbewerb bemühen sich die verschiedenen Ebenen gleichermaßen um innovative Lösungen, die z. B. die Wirtschaftlichkeit der Klimamaßnahmen und mögliche Finanzierungsmodelle aufzeigen. Kategorien des Wettbewerbs könnten sein:

- Klimaneutrale Verwaltung
- Klimaneutrale öffentliche Gebäude
- Energiesparende Geräte
- Energie- und ressourceneffiziente öffentliche Beschaffung (Kreislaufführung, Recycling-Anteil etc.)
- Mobilitätskonzepte

Ein solcher Wettbewerb könnte auch binational von Deutschland und Frankreich gestaltet werden.

1.4 Klima- und Umweltaspekte im europäischen Vergaberecht weiter stärken

Die nationalen Regierungen Deutschlands und Frankreichs sollten sich auf europäischer Ebene gemeinsam dafür einsetzen, dass Aspekte des Klimaschutzes sowie der Umweltfreundlichkeit **noch stärker in das öffentliche Vergaberecht integriert** werden, und für eine praktische Umsetzung sorgen.

 Der **französischen Regierung** empfiehlt das Deutsch-Französische Zukunftswerk zusätzlich:

1.5 Keine Sparruflagen für kommunale Klimamaßnahmen

Die Ausgaben für Klimamaßnahmen sollten nicht für die Verpflichtungen gelten, die seit der Konferenz von Cahors 2017 im Rahmen der Beteiligung der französischen Gebietskörperschaften an der Begrenzung der öffentlichen Finanzen in Frankreich eingegangen wurden.

 Der **deutschen Bundesregierung** empfiehlt das Deutsch-Französische Zukunftswerk zusätzlich:

1.6 Kommunale Klimamaßnahmen langfristig finanziell absichern

In Deutschland sieht der Koalitionsvertrag eine „**Verankerung der gemeinsamen Finanzierung** von Bund und Ländern zur Klimavorsorge und Anpassung“ vor. Der Bund sollte prüfen, wie Bund-Länder-Vereinbarungen kommunale Klimamaßnahmen finanziell absichern können. Deutschland, im Gegensatz zu Frankreich, muss hier wegen seiner föderalen Struktur innovative Wege finden, die Kommunen als wichtige Klimaakteure zu stärken.

¹ Im Folgenden werden als Kommunen alle Gebietskörperschaften bezeichnet, die Aufgaben der kommunalen Ebene wahrnehmen. Kommunen sind also Kreise, Städte, Gemeinden und Stadtbezirke. Im Französischen werden die unterschiedlichen Gebietskörperschaften der kommunalen Ebene zusammenfassend als *collectivités territoriales* bezeichnet, obwohl diese in Frankreich auch überkommunale Gebietskörperschaften miteinbeziehen.





Handlungsempfehlung 2

Kommunen für ein effektives Klimaschutzmonitoring aufstellen

„Eine unserer größten Herausforderungen bei der Bilanzierung ist die Beschaffung und Qualität von Daten. Und natürlich ihre Aktualität. Bis wir als Kommune die Daten von der für uns zuständigen Arbeitsgruppe „Mittelhessen“ bereitgestellt bekommen, können sie 2-3 Jahre alt sein. Das führt dazu, dass wir kein agiles Controlling Tool mit den jetzigen Bilanzierungsstandards (BISKO) und Verfahren haben. Wenn wir die Bilanzierung als Tool für die Messung des kommunalen Klimaschutzes anwenden möchten, sehen wir uns gezwungen, selbst die Daten, teilweise kostenpflichtig, zu beschaffen.“

Nadine Bernshausen

Bürgermeisterin und Klimadezernentin
Universitätsstadt Marburg

Die Stadt Marburg hat sich 2019 zum Ziel gesetzt bis 2030 klimaneutral zu werden. Damit sie überprüfen kann, dass die Maßnahmen, die sie in ihrem Klimaaktionsplan verfolgt, auch wirksam sind, bemüht sie sich um ein effektives Klimaschutzmonitoring. Dabei trifft sie jedoch auf vielerlei Herausforderungen, unter anderem nicht verfügbare Daten, Bilanzierungsstandards, die wichtige Bereiche so wie Verkehr oder Konsum ausschließen, sowie fehlende fachliche Unterstützung von außen.

Begründung

In Deutschland und Frankreich bilanziert bereits ein Großteil der Kommunen ihre Treibhausgasemissionen (THG). In Frankreich sind Kommunen mit über 50.000 Einwohner:innen bereits seit 2012, Gemeindeverbände mit über 20.000 Einwohner:innen seit 2020 dazu verpflichtet. In Deutschland bilanzieren bereits ca. 3.000 Kommunen freiwillig.

Bilanzierungen, wenn sie denn auf zuverlässigen Daten aufbauen und regelmäßig durchgeführt werden, können für Kommunen zu einem **wichtigen Kompass** bei der Erreichung ihrer Klimaschutzziele werden. Sie lassen Erfolge erkennen und können diese sichtbar machen. Sie bilden eine zentrale Grundlage zur Anpassung der kommunalen Reduktionsstrategien, und helfen, weitere lokale Akteure für Klimaschutzstrategien zu mobilisieren.

Bilanzierungsmethoden und leicht zugängliche Daten, wie z. B. in Norwegen oder Großbritannien erlauben den Kommunen, ihre Einsparungen selbst nachzuverfolgen, und ihre Bemühungen um Kohlenstoffsenken darzustellen. Doch stehen die Kommunen momentan bei ihrer Bilanzierung noch vor großen Herausforderungen.

In Deutschland bilanzieren die meisten Kommunen mit dem BSKO Standard und nutzen den „Klima-schutzplaner“, eine Software zur Messung des kommunalen Klimaschutzes. Doch können sie ihr Bilanzierungspotenzial nicht ausschöpfen, da Bilanzierungsziele und -methoden noch nicht genügend ausgearbeitet sind. Des Weiteren stehen notwendige Daten nicht zur Verfügung und es fehlt den meisten Kommunen an beratender Unterstützung zu ihrem Monitoring. In Frankreich gibt es in fast allen *Régions* regionale Agenturen und Beobachtungsstellen für Energie und Umwelt¹, die das Sammeln von Daten und ihre Verarbeitung begleiten und die Kommunen bei Entwicklung, Umsetzung und Monitoring ihrer eigenen territorialen Strategie unterstützen. Die regionalen Agenturen und Beobachtungsstellen haben sich in Netzwerken organisiert, die von der ADEME und dem französischen Umweltministerium finanziell unterstützt werden. Dennoch fehlt es auch in Frankreich noch an Zugang zu verlässlichen, gereinigten und regelmäßig aktualisierten Daten, sowie an Modellen, die die Wirkungen der Klimaschutzmaßnahmen auf lokaler Ebene nachverfolgen können.

Plädoyer

Um ihre nationalen Emissionsreduktionsziele zu erreichen, sind Deutschland und Frankreich auf lokale Reduktionen und dementsprechend ihre Messung angewiesen. Dafür braucht es Modelle, Methoden und nutzbare Daten, die Kommunen dazu befähigen, eigene Ziele zu setzen und ihren Fortschritt zu messen. Ihr Fortschritt könnte folglich dann bei der Erreichung nationaler Ziele einberechnet werden. Dafür braucht es einen einheitlichen nationalen Rahmen und Standards. Daher fordert das Deutsch-Französische Zukunftswerk die nationalen Regierungen in Deutschland und Frankreich auf, ihre Bemühungen um ein effektives kommunales Klimaschutzmonitoring und dessen Integration in die nationale Bilanzierung erheblich zu intensivieren. Das Deutsch-Französische Zukunftswerk empfiehlt den Regierung Deutschlands und Frankreichs folgende Maßnahmen zu ergreifen:



In Deutschland und Frankreich

2.1 Verfügbarkeit von Daten für die THG Bilanzierung sicherstellen

Die Zugänglichkeit von regionalisierten Daten ist Voraussetzung für ein effektives Klimaschutzmonitoring. Die nationalen Regierungen sollten im Rahmen ihrer Gesetzgebungskompetenzen sicherstellen, dass entsprechende Daten, auch von privaten Akteuren z.B. von Netzbetreibern, zur Verfügung gestellt und in aufgearbeiteter Form zeitnah für die öffentliche Hand verfügbar gemacht werden.

2.2 Internationale Sichtbarkeit kommunaler Klimamaßnahmen zur THG-Reduzierung erhöhen

Die nationalen Regierungen sollten sich dafür einsetzen, dass die Beiträge der Kommunen zur THG-Reduktion internationale Sichtbarkeit erhalten, insbesondere im Weltklimarat. Vorbild dafür kann die Darstellung der kommunalen Beiträge für eine nachhaltige Entwicklung im freiwilligen Bericht der Bundesregierung an die Staatengemeinschaft zur Umsetzung der Agenda 2030 von 2021 sein.



Der französischen Regierung empfiehlt das Deutsch-Französische Zukunftswerk zusätzlich folgende Maßnahmen zu ergreifen:

2.3 Regionale Agenturen und Beobachtungsstellen stärken

Die regionalen Agenturen und Beobachtungsstellen für Energie und Umwelt haben ihren Mehrwert für die Klimaschutzbemühungen in den französischen *Régions* unter Beweis gestellt. Ihre Rolle zur Unterstützung der Kommunen innerhalb der *Régions* sollte gestärkt werden. Ebenso sollte ihre Kapazität für die Aufbereitung, Verarbeitung und Analyse von Daten nicht nur auf regionaler, sondern auch auf der Ebene der Kommunen gesteigert werden.

2.4 Konvergenz der methodischen Instrumente beschleunigen

Die französische Regierung sollte außerdem die **Konvergenz der methodischen Instrumente**, die von den regionalen Agenturen und Beobachtungsstellen für Energie und Umwelt verwendet werden, beschleunigen.

 Der **deutschen Bundesregierung** empfiehlt das Deutsch-Französische Zukunftswerk zusätzlich folgende Maßnahmen zu ergreifen:

2.5 Bilanzierungsstandards grundlegend überarbeiten

Bestehende Bilanzierungsziele, -instrumente und -methoden (insbesondere der BSKO-Standard) sollten grundlegend und weitreichend überarbeitet werden, um eine wirkungsorientierte und regionalisierte Aussagekraft zu erzielen. Der Bund sollte hierbei unter Einbeziehung von Ländern und Kommunen eine federführende Rolle einnehmen. Bei der Überarbeitung geht es insbesondere um die

- Abkehr von den bisherigen aussageschwachen Faktorisierungen hin zu regionalisierten „Echt-Daten“ und damit der Aufnahme des Verursacherprinzips in die Bilanzierung,
- die Berücksichtigung nicht nur von THG-Emissionen, sondern auch der Kohlenstoffsenken,
- die Ausweitung der Bilanzierung auf **Scope 3**, welche in Frankreich bereits erfolgt ist.

Die so gestärkten kommunalen und regionalen Bilanzen sollten in eine öffentlich einsehbare **nationale Übersicht** zum Zustand des Klimaschutzes in den Regionen eingefüttert werden.

2.6 Regionale Beobachtungsstellen nach französischem Vorbild in Deutschland einrichten

In Anlehnung an das französische Modell sollte der Bund gemeinsam mit den Ländern regionale Beobachtungsstellen zur **Sammlung von Daten, Begleitung und Beratung der Kommunen** einrichten. Über den Grad der sinnvollen Regionalisierung des THG-Monitorings, z. B. die Einbindung der Kreise und die optimale Organisationsform, sollte Einvernehmen zwischen Bund, Ländern und Kommunen hergestellt werden.

¹ In Frankreich existieren derzeit 18 regionale Agenturen und Beobachtungsstellen für Energie und Umwelt (Fr.: *Agences et observatoires régionaux de l'énergie et de l'environnement*). Die Aufgaben der Agenturen und Beobachtungsstellen variieren von Region zu Region, teils leisten sie ein Klimaschutzmonitoring auf regionaler Ebene.





Handlungsempfehlung 3

Kooperationskultur und institutionelle Zusammenarbeit auf lokaler Ebene für eine sozial-ökologische Transformation aktivieren

„Das Projekt ‚Territoires d'innovation‘¹ hat in der Region Dünkirchen eine enorme kreative Energie entfacht, um gemeinsam zu denken, gemeinsam zu erfinden, gemeinsam zu entscheiden, gemeinsam zu arbeiten und natürlich gemeinsam zu leben. Das ist der ‚Geist von Dünkirchen‘, diese Fähigkeit, ein Kollektiv zu schaffen, zu vereinen, zu reflektieren, sich anzupassen, um das Morgen zu erfinden.“

Patrice Vergriete

Bürgermeister und Präsident
des Gemeindeverbands Dünkirchen

Im französischen Dünkirchen arbeiten lokale und regionale Behörden, Wirtschaftsakteure und Verbände seit den 1980er Jahren erfolgreich zur industriellen Ökologie² zusammen. Diese Zusammenarbeit wird seit 2019 durch das nationale Programm Territoires d'innovation unterstützt. Das Beispiel zeigt: Wenn lokale Allianzen unterschiedlicher Schlüsselakteure, auch über territoriale Verwaltungsgrenzen hinweg das Mandat und die Ressourcen für eine Zusammenarbeit erhalten, können sie gemeinsame Visionen entwickeln und sozial-ökologische Transformation vorantreiben.

Begründung

Klimawandel und demnach auch Klimaschutz machen nicht vor Verwaltungsgrenzen halt. Lokale Behörden können die sozial-ökologische Transformation nicht allein bewältigen. Wie insbesondere Erfahrungen der Städte Marburg, Loos-en-Gohelle, Dünkirchen und La Rochelle zeigen, braucht es, um ambitionierte Klimaschutzziele zu erreichen, nicht nur eine Vielfalt von Zusammenarbeit, sondern eine **regelrechte Kooperationskultur** mit entsprechenden Strukturen. In diesem Rahmen unterscheidet das Deutsch-Französische Zukunftswerk drei Arten der horizontalen Zusammenarbeit:

- Die Zusammenarbeit zwischen benachbarten Gebietskörperschaften innerhalb einer Region. Diese ist bisher noch unzureichend.
- Die Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und Akteuren aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft zur Entwicklung einer gemeinsamen Vision und deren Umsetzung für eine sozial-ökologischen Transformation. Diese Art der Zusammenarbeit nimmt zu.
- Zusammenarbeit in (trans-)nationalen Netzwerken, die den Austausch und das gegenseitige Lernen fördern. Diese braucht dauerhafte Unterstützung.

Positive Beispiele zeigen den Mehrwert dieser Art von horizontaler Zusammenarbeit: Zusammenschlüsse von öffentlichen und privaten Akteuren, wie die regionalen Energieagenturen in Baden-Württemberg oder die regionalen Agenturen und Beobachtungsstellen für Energie und Umwelt³ in Frankreich, erleichtern die gemeinsame Planung, Umsetzung und Evaluation von regionalen Vorhaben für eine sozial-ökologische Transformation. Solche Agenturen gibt es in Deutschland allerdings nur vereinzelt.

Die Zusammenarbeit zwischen lokalen Schlüsselakteuren wird oft nur eingeschränkt praktiziert. Das liegt vor allem daran, dass diese Form der Zusammenarbeit für die öffentliche Verwaltung und alle anderen Beteiligten eine, obgleich wertvolle, jedoch ungewohnte und zeitintensive Aufgabe ist. Sie erfordert Vertrauensaufbau, Kenntnis, Verständnis für die Perspektiven der jeweils anderen Akteure sowie Koordinationsfähigkeit. Dies bedarf Ressourcen, Räume und Strukturen. Welche Wirkung **Anreize der nationalen Ebene** haben können, zeigt sich am Beispiel des französischen Gemeindeverbunds Dünkirchen. Als Reaktion auf die Industriekrise der 1980er Jahre und im Zuge nationaler Projektausschreibungen kam es zu einer Annäherung zwischen dem Gemeindeverbund Dünkirchen und privatwirtschaftlichen Akteuren zu Entwicklung einer industriellen Ökologie. Diese Zusammenarbeit wurde 2019 im Rahmen des Förderprogramms *Territoires d'innovation*, das Strukturen der Zusammenarbeit zu einem Hauptauswahlkriterium gemacht hatte, vertieft.

Die Erfahrungen von Kommunen zeigen, dass der Austausch in Netzwerken wie zum Beispiel *Villes Pairs*, *La Fabrique des transitions*, *Energy Cities*, *BioCanteens (URBACT)*, dem *Klima-Bündnis e.V.* oder *TANDEM* helfen kann, erfolgreiche Konzepte anderer Städte zu übertragen. Die Anregung und Organisation von qualitativem Austausch in nationalen und transnationalen Netzwerken benötigen jedoch Zeit und Kompetenzen. Bisher geht eine fehlende Anerkennung der Wirkkraft solcher Netzwerke aber oftmals mit mangelnden finanziellen Mitteln einher.

Plädoyer

Frankreich und Deutschland haben die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Kommunen für einen sozial-ökologischen Wandel erkannt: Frankreich organisiert und entwickelt diese Zusammenarbeit seit den Grenelle-Gesetzen⁴. Die deutsche Bundesregierung hat sich mit ihrem *Koalitionsvertrag* von 2021 verpflichtet, „die Klimakrise gemeinsam zu bewältigen“ und „die Erfahrungen und Bedürfnisse der Länder und Kommunen“ bei der Umsetzung neuer Gesetze zu berücksichtigen.

Die Dringlichkeit effektiver Klimapolitik erfordert jedoch weitere Maßnahmen. Die Erfahrungen deutscher und französischer Kommunen zeigen, dass sie **ohne eine umfassende Zusammenarbeit ambitionierte Klimamaßnahmen nicht umsetzen** können. Das Deutsch-Französische Zukunftswerk fordert daher die nationalen Regierungen in Deutschland und Frankreich auf, die Zusammenarbeit von Kommunen über Verwaltungsgrenzen hinaus und zwischen lokalen Schlüsselakteuren innerhalb von Kommunen mit Hochdruck zu unterstützen. Dafür empfiehlt das Deutsch-Französische Zukunftswerk den Regierungen Deutschlands und Frankreichs folgende Maßnahmen zu ergreifen:

In Deutschland und Frankreich

3.1 Zusammenarbeit lokaler Akteure in kommunalen Förderprogrammen für sozial-ökologische Transformation stärker berücksichtigen

Die nationalen Regierungen sollten bei Förderprogrammen für Kommunen im Bereich sozial-ökologischer Transformation die Zusammenarbeit von Kommunen untereinander sowie die Zusammenarbeit mit lokalen Schlüsselakteuren aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Forschung zum **Auswahlkriterium** machen. Das Beispiel des französischen Förderprogramms *Territoires d'innovation* zeigt, wie wichtig ein zweistufiger Ansatz ist:

- a. Eine erste Phase der Finanzierung zur Entwicklung eines gemeinsamen Vorhabens:
Diese gibt Kommunen und lokalen Schlüsselakteuren die Zeit und Ressourcen, ein gemeinsames Verständnis und Strukturen für die Zusammenarbeit zu entwerfen.
- b. Eine zweite Phase zur Umsetzung des gemeinsamen Vorhabens.

Diese Phasen sollten zusammen einen Förderzeitraum von mindestens 6 Jahren umfassen.

3.2 Netzwerke langfristig finanziell unterstützen

Die nationalen Regierungen sollten Netzwerke von Gebietskörperschaften in Frankreich und Deutschland auf regionaler, nationaler und transnationaler Ebene finanziell unterstützen. Diese Netzwerke ermöglichen einen Austausch zu Experimenten und ein **direktes Voneinanderlernen**, insbesondere zwischen kommunalen und regionalen Verwaltungsangestellten, die im und für den Klimaschutz tätig sind.



Der **deutschen Bundesregierung** empfiehlt das Deutsch-Französische Zukunftswerk zusätzlich:

3.3 Regionale Agenturen flächendeckend aufbauen

In Deutschland sollte die Bundesregierung einen flächendeckenden Aufbau regionaler Agenturen und Beobachtungsstellen für Energie und Umwelt nach französischem Vorbild fördern. Diese sollten **partnerschaftlich mit allen relevanten öffentlichen, zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren zusammenarbeiten**, um eine sozial-ökologische Transformation der Kommunen zu unterstützen und zu begleiten. Dabei sollten die Verwaltung und Politik kleinerer Kommunen besondere Unterstützung erhalten.

¹ *Territoires d'Innovation* (Dt.: Innovationsgebiete) ist ein von der *Banque des Territoires* umgesetztes Förderprogramm, das 24 Gebietskörperschaften in Frankreich mit 450 Millionen Euro über 15 Jahre fördert.

² Industrielle Ökologie ist ein Konzept zur nachhaltigen Gestaltung von Produktionsprozessen. Der Kerngedanke ist es, Grundsätze von natürlichen Ökosystemen auf die Industrieproduktion zu übertragen. Dabei wird ein industrielles Ökosystem entworfen, um Rohstoff- und Energieverbrauch zu minimieren.

³ In Frankreich existieren derzeit 18 regionale Agenturen und Beobachtungsstellen für Energie und Umwelt (Fr.: *Agences et observatoires régionaux de l'énergie et de l'environnement*). Die Aufgaben der Agenturen und Beobachtungsstellen variieren von Region zu Region, teils leisten sie ein Klimaschutzmonitoring auf regionaler Ebene.

⁴ Als Grenelle-Gesetze (Fr.: *Lois Grenelle*) werden zwei französische Gesetze von 2009 und 2010 bezeichnet, die Verpflichtungen von lokalen Gebietskörperschaften zum Umweltschutz festschreiben und einen Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen lokalen Gebietskörperschaften setzen.





Handlungsempfehlung 4

Entwicklung lokaler und nachhaltiger Ernährungssysteme priorisieren

„Das Projekt der biologischen, lokalen [Schul-]Kantine hat uns dazu gebracht, weitreichende Entscheidungen für die Gemeinde zu treffen. [...] Die Familien haben sich das Projekt der [öffentlichen] Kantinen zu eigen gemacht: Sie essen mehr bio, lokal und saisonal, sie kochen mehr und reduzieren ihre Lebensmittelverschwendung. Dadurch haben wir festgestellt: Wir müssen ein viel umfassenderes Projekt als das Kantinenprojekt aufsetzen. Ein Projekt, das darauf abzielt, Mouans-Sartoux ernährungssouverän zu machen, das heißt zu entscheiden, was wir essen wollen, wie wir es produzieren, mit welchen Anbaumethoden und woher die Lebensmittel stammen sollen.“

Gilles Pérole
stellvertretender Bürgermeister
von Mouans-Sartoux

„Hätten wir damals als Gemeinde einen Kompromiss gemacht, würden wir [heute] nicht zur ökologischen Landwirtschaft kommen. Somit sind wir auch bei uns in der Lausitz einer der Motoren, die dabei helfen, jungen Landwirten eine Existenz zu schaffen. Die Existenz der jungen, ökologischen Landwirte fängt damit an, dass sie überhaupt an Flächen kommen.“

Thomas Zschornak
Bürgermeister von Nebelschütz

Die kleine südfranzösische Stadt Mouans-Sartoux hat ihre Schulverpflegung revolutioniert. Seit 2012 bietet sie in allen Schulkantinen Mahlzeiten mit 100 Prozent biologisch und zum Großteil regional produzierten Lebensmitteln an. Die Stadt hat dazu eigenes Land erworben, baut dort selbst Obst und Gemüse an, und führt Projekte zur Ernährungssensibilisierung und Reduktion von Lebensmittelverschwendung durch. Mit dem 2016 gegründeten [Haus der Bildung für nachhaltige Ernährung](#) wurde dieser Ansatz erweitert, um Mouans-Sartoux ernährungssouverän zu machen. Die Gemeinde Nebelschütz in Sachsen verfolgt einen ähnlichen Ansatz, indem sie frühzeitig Land zurückgekauft hat und an ökologisch produzierende Landwirt:innen verpachtet. Die Geschichte von Mouans-Sartoux und Erfahrungen von Nebelschütz zeigen: Kommunen können viel bewegen!

Begründung

Landwirtschaft ist für 10,3% der **Treibhausgas-Emissionen** der EU verantwortlich. Folglich forderte etwa der französische Bürger:innenkonvent für das Klima¹, die Emissionen aus dem Agrar- und Lebensmittelsektor zu halbieren, um das Ziel der CO₂-Neutralität bis 2050 zu erreichen. Denn eine regionale saisongerechte Versorgung mit biologisch produzierten Lebensmitteln sowie ein geringerer Konsum tierischer Nahrungsmittel kann den CO₂-Ausstoß nachhaltig reduzieren. Zudem ist Ernährung ein Alltagsthema, mit dem Bürger:innen niedrigschwellig und greifbar in Berührung kommen.

Darüber hinaus haben die Folgen der Covid-19-Pandemie Probleme bei der Versorgung mit Lebensmitteln und der Regionalisierung ihrer Produktion ans Licht gebracht. Regionen in Deutschland und Frankreich sind stark vom Import von Nahrungsmitteln abhängig. In Frankreich und Deutschland werden weniger als 10 Prozent der regionalen, landwirtschaftlichen Produktion regional konsumiert. Die Kommunen können in der Re-Regionalisierung eine führende Rolle spielen und durch gezielte Ansätze in Zusammenarbeit mit unterschiedlichen lokalen Akteuren auf Ernährungsgewohnheiten, lokale Produktion und Vertrieb einwirken.

Kommunen in Frankreich und Deutschland haben dieses Potenzial erkannt. Beispielsweise nutzt die Stadt Mouans-Sartoux das öffentlichen Auftragswesen, unter anderem in der Versorgung von Schul- und Betriebskantinen, um die Beschaffung von Bio-Lebensmitteln zu erhöhen. Doch sind die nationalen und EU-Rahmenbedingungen den Kommunen nicht immer dienlich. Die **Richtlinie 2014/24/EU** verbietet eine lokale Bevorzugung bei öffentlichen Aufträgen. Es ist an der Zeit, den Rechtsrahmen an die neuen Kriterien und Bedürfnisse für eine nachhaltige und lokale Lebensmittelversorgung anzupassen.

Mouans-Sartoux und Nebelschütz nutzen darüber hinaus auch das Vorkaufsrecht der öffentlichen Hand im Rahmen der Flächennutzungspolitik, um die lokale Produktion von biologischen Lebensmitteln voranzubringen. Denn nach biologischen Prinzipien produzierende Landwirtschaftsbetriebe werden bisher nur unzureichend gefördert, zudem fehlt es ihnen an Zugang zu entsprechender Ackerfläche.

Plädoyer

Eine lokale, nachhaltige Versorgung in Partnerschaft mit allen lokalen Akteuren muss gestärkt und ein Übergang der lokalen Produktion zu einer Agrarökologie begleitet werden. Daher fordert das Deutsch-Französische Zukunftswerk die nationalen Regierungen beider Länder auf, die Umsetzung und Entwicklung **innovativer Ernährungsstrategien vor Ort** zu fördern sowie den rechtlichen und finanziellen Handlungsrahmen für Kommunen und weitere lokale Akteure in diesem Bereich zu verbessern. Dies beinhaltet klare und koordinierte Zuständigkeiten, eine bessere Vernetzung der beteiligten Akteure entlang der Wertschöpfungskette auf regionaler Ebene, die Förderung ökologischer Landwirtschaft sowie die Lockerung des restriktiven EU-Rechtsrahmens für die öffentliche Beschaffung von Lebensmitteln, der bisher keine Bevorzugung lokaler Produkte zulässt.

Des Weiteren fordert das Deutsch-Französische Zukunftswerk die nationalen Regierungen beider Länder auf, die bereits angekündigten Maßnahmen zur **Ernährungsbildung und -sensibilisierung** konsequenter umzusetzen, da diese in der Praxis bislang keine sichtbaren Auswirkungen auf lokaler Ebene haben. Das Deutsch-Französische Zukunftswerk fordert die tatsächliche Umsetzung von Schulungsprogrammen für Schlüsselakteure im öffentlichen Beschaffungswesen (insbesondere in der Verwaltung und in der Gemeinschaftsverpflegung), die Aufnahme und Umsetzung von Modulen zur nachhaltigen Ernährung in die Lehrpläne der Schulen und die Lehrerbildung sowie für Erzieher:innen in Kindertagesstätten, eine attraktivere Gestaltung von Berufen in der Gemeinschaftsverpflegung sowie die regelmäßige Durchführung von wissenschaftlichen Begleitstudien. Das Deutsch-Französische Zukunftswerk empfiehlt den Regierung Deutschlands und Frankreichs folgende Maßnahmen zu ergreifen:

4.1 Entwicklung und Umsetzung lokaler Strategien für nachhaltige Ernährung finanzieren und begleiten

Die nationalen Regierungen sollten die Entwicklung und Umsetzung standortangepasster Strategien für nachhaltige Ernährung finanzieren und begleiten, die darauf abzielen, regionale Ernährungssysteme zu stärken, und die mit dem Kampf gegen die globale Erwärmung und dem Schutz der Artenvielfalt vereinbar sind.

Konkret könnten die nationalen Regierungen unter anderem Stellen für Beauftragte für nachhaltige Ernährung finanziell fördern. Diese Beauftragten für nachhaltige Ernährung könnten entweder in der kommunalen Verwaltung oder in lokalen Initiativen der Zivilgesellschaft angesiedelt sein.

4.2 Reform des europäischen Vergaberechts voranbringen

Die nationalen Regierungen sollten sich für eine Reform des europäischen Vergaberechts einsetzen, welche die Beschaffung von Lebensmitteln und Verpflegungsleistungen deutlich flexibilisiert. Dafür sollten die nationalen Regierungen insbesondere eine Änderung der Richtlinie [2014/24/EU](#) vorschlagen und vor der Europäischen Kommission folgende Reformvorschläge verteidigen:

- Es sollte eine Ausnahmeregelung für die Beschaffung von Lebensmitteln und Verpflegungsleistungen eingeführt werden, die es ermöglicht, diese lokal und regional zu beschaffen.
- Der direkte Einkauf bei lokalen Produzenten sollte bei der Beschaffung von Lebensmitteln und Verpflegungsleistungen für einzelne Lose in Höhe bis zu 50 % des Gesamtauftragswertes gestattet sein.
- Der Verweis auf ein oder mehrere lokale Produktionsgebiete sollte bei der Beschaffung von Lebensmitteln und Verpflegungsleistungen in der Leistungsbeschreibung oder als Wertungskriterium zulässig sein.

4.3 Vernetzungsplattformen für den Dialog zwischen Käufern und lokalen Produzenten fördern

Die nationalen Regierungen und die Bundesländer sollten den Dialog zwischen Käufern und lokalen Produzenten auf nationaler und regionaler Ebene fördern. Insbesondere sollten lokale öffentliche und zivilgesellschaftliche Akteure finanziell und organisatorisch dabei unterstützt werden, solche Vernetzungsplattformen aufzubauen oder ihre Nutzung zu erhöhen, die die Beteiligten der regionalen Produktionskette (Akteure der Urproduktion wie Saatgutunternehmen, Landwirt:innen, Hersteller verarbeiteter Güter, Händler:innen, Einkäufer:innen der Außer-Haus-Verpflegung) zusammenbringen.

4.4 Eine vielfältige und regionalisierte Agrarstruktur stärken

Die nationalen Regierungen sollten eine vielfältige Agrarstruktur stärken, indem sie eine ökologisch verträgliche Flächenbewirtschaftung und Regionalisierung der Lebensmittelversorgung fördern. Akteure der lokalen Landwirtschaft sollten direkt unterstützt werden, indem die Vergütung von Landwirt:innen für Umwelt- und Gemeinwohlleistungen durch eine schrittweise Neuausrichtung der Flächenprämien innerhalb der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik verbessert wird. Außerdem sollte es Kommunen ermöglicht werden, die Kontrolle über Agrarland zu behalten, um eine umweltfreundliche landwirtschaftliche Produktion zu fördern. Dafür sollten folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Verbessertes Vorkaufsrecht für Kommunen, öffentliche Einrichtungen und lokale landwirtschaftliche Akteure für den Kauf oder die Pacht von Land, das weiterhin landwirtschaftlich genutzt und möglichst ökologisch bewirtschaftet werden soll, in Frankreich insbesondere, wenn die Verwaltungsstruktur SAFER² ihr eigenes Vorkaufsrecht nicht geltend macht.
- Einrichtung eines Fonds zur Finanzierung des Kaufs von Agrarland durch Kommunen und öffentliche Einrichtungen, die sich einer Bewirtschaftung unter ökologischen Gesichtspunkten verschreiben.
- Besteuerung von ungenutztem Brachland, um Anreize für die Kultivierung zu schaffen.
- Die deutsche Bundesregierung sollte die steuerliche Lücke beim Ankauf von Wertpapieren (Aktienanteilen) schließen, um den spekulativen Börsenhandel (share deals) mit landwirtschaftlich genutztem Land durch außerlandwirtschaftliche Investorengesellschaften zu unterbinden.

4.5 Beratung und Weiterbildung zu nachhaltiger Ernährung für Personal in der Gemeinschaftsverpflegung anbieten

Die nationalen Regierungen sollten ein Förderprogramm für die Beratung und Weiterbildung von bereits ausgebildetem Personal in der Gemeinschaftsverpflegung zu nachhaltiger Ernährung aufsetzen. Beratung und Weiterbildung könnten über Gutscheine angeboten werden, die zum Bezug dieser Leistungen berechtigen und auf einfache und unbürokratische Weise eingelöst werden können.

¹ Die *Convention Citoyenne pour le Climat* wurde als Konvent 150 französischer Bürger:innen 2019 von der französischen Regierung eingesetzt, um sozial gerechte Maßnahmen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen vorzuschlagen. Die [Empfehlungen](#) wurden 2020 vorgelegt.

² Die *Sociétés d'aménagement foncier et d'établissement rural* (SAFER) sind staatlich geförderte Aktiengesellschaften ohne Gewinnerzielungsabsicht, die Strategien zur Bereitstellung von Grundbesitz in ländlichen und stadtnahen Gebieten verfolgen, um eine nachhaltige territoriale Entwicklung im Sinne des Gemeinwohls zu fördern.



Handlungsempfehlung 5

Lokale partizipative Kulturarbeit als zentralen Hebel für sozio-ökologische Transformation begreifen und stärken

„Die Menschen haben ein so starkes Bedürfnis, ihre Wut, ihr Gefühl der Ungerechtigkeit, ihren Schmerz auszudrücken! Es ist absolut notwendig, Räume für diesen Ausdruck zu schaffen. Wir müssen diese Energie nutzen, um Maßnahmen zu ergreifen und Innovationen zu wagen.“

Geoffrey Mathon

Stellvertretender Bürgermeister
von Loos-en-Gohelle

Inmitten einer strukturellen Krise nach der Schließung der Kohlebergwerke in den späten 1980er Jahren setzte die nordfranzösische Gemeinde Loos-en-Gohelle Kulturarbeit auf ihre politische Agenda. Die Gemeinde lud ihre Bewohner:innen durch partizipative Formate wie das jährliche Festival *Les Gohélliades* ein, ihre Geschichten zu erzählen, und regte eine kollektive Wertschätzung der gemeinsamen Bergbauvergangenheit an. Das „Erzählen“ entwickelte sich in Loos-en-Gohelle nach und nach von einem emanzipatorischen Instrument der Erinnerungsarbeit zum Leitsatz lokaler Politikgestaltung. Diese Räume des Ausdrucks eröffneten Möglichkeiten zum gemeinsamen Handeln und stärkten die Motivation der Menschen, sich dem Looser Projekt der sozial-ökologischen Transformation anzuschließen und sich in die Stadtgesellschaft einzubringen: Aus Schauspieler:innen auf der Bühne wurden aktive Mitgestalter:innen der Zukunft ihrer Stadt.

Die ehemalige Industriestadt Zeitz liegt im Burgenlandkreis in Sachsen-Anhalt und hat seit 1989 mit strukturellen Problemen wie Abwanderung, Überalterung und Wohnungsleerstand zu kämpfen. Eine dynamische Kulturbranche trägt jedoch in den letzten Jahren zum Wandel der Stadt bei. Ein Beispiel ist der Verein *Kultur- und Bildungsstätte Kloster Posa*, dank eines Pachtvertrages mit der Stadt angesiedelt auf einem historischen Klostergelände vor den Toren Zeitz'. Die zivilgesellschaftliche Initiative möchte ihre Heimatstadt wiederbeleben und bereichert die lokale Kulturlandschaft seit 2013 durch vielfältige Kultur- und Bildungsangebote, welche Zeitzer:innen einladen, die Zukunft ihrer Stadt mitzugestalten.

Begründung

Die **Neue Leipzig-Charta für Stadtentwicklung**¹ steht für einen ortsbezogenen Ansatz: Sie betrachtet Orte als „Bezugspunkte für den integrierten horizontalen und vertikalen Ansatz“ von Stadtentwicklungsstrategien und empfiehlt, letztere auf Grundlage „einer fundierten Analyse der spezifischen Situation vor Ort“ zu erarbeiten, um sozio-ökonomische Ungleichheiten zu verringern.

Die Erfahrungen von Loos-en-Gohelle und Zeitz zeigen, dass partizipative Kulturarbeit ein geeigneter Weg ist, ortsbezogene Stadtentwicklung umzusetzen, auch wenn ihre Methoden wie das Erzählen von Geschichten untypisch erscheinen. Partizipative Kulturarbeit unterscheidet sich dabei von klassischer Kulturförderung durch ihr Bestreben, die **Einwohner:innen aktiv in die Gestaltung des lokalen Kulturangebots** miteinzubeziehen. So ermöglicht sie unter anderem eine kollektive Beschäftigung mit der gegenwärtigen Situation eines Ortes oder seiner Geschichte, was eine positive Identifikation schaffen und die Verbundenheit der Bewohner:innen mit diesem Ort und der Umgebung stärken kann. Solche geteilten Anknüpfungspunkte erleichtern den Austausch und eröffnen neue Räume für Debatten über die entscheidenden Ressourcen eines Ortes und damit für ein gemeinsames Aushandeln seiner Zukunft.

Denn werden Veränderungsprozesse, wie sie beispielsweise zum Schutz des Klimas und der Anpassung an die Folgen des Klimawandels nötig sind, über die Köpfe der Bürger:innen hinweg beschlossen oder vollzogen, besteht die Gefahr, dass Transformationskonflikte entstehen. Widerstandshaltungen in der Gesellschaft können sich verschärfen oder eskalieren und Menschen sich resigniert aus dem lokalen öffentlichen Leben zurückziehen. Partizipative Ansätze der Kulturarbeit hingegen stärken das **Engagement der Menschen für ihr räumliches Umfeld**, unterstützen die **Kooperationsfähigkeit** der lokalen Akteure und Zivilgesellschaft(en) und tragen so zum **Vertrauensaufbau** zwischen Bürger:innen und Kommunalverwaltung bei.

Partizipative Kulturarbeit fördert Emanzipation und Empowerment der Bürger:innen. Dafür muss sie alle Altersgruppen und sozialen Schichten erreichen und Menschen mit ihrem gesamten Potenzial, ihren unterschiedlichen Perspektiven und Erfahrungen beteiligen. Kultur ist hierbei kein Privileg, sondern schafft für alle offene und sichere Räume, die Begegnungen auf Augenhöhe ermöglichen.

Plädoyer

Kultur ist ein essenzieller Baustein für Regionalentwicklung. Der Dreiklang „Soziales, Ökologie und Ökonomie“ sollte um „Kultur“ als vierte, gleichwertige Säule ergänzt werden. Kultur umfasst dabei sowohl kollektiv mit den Einwohner:innen gestaltete Kulturprojekte und zugängliche Kulturangebote, als auch die gemeinsame Lebenswelt und das menschliche Zusammenleben vor Ort. Partizipative kulturelle Ansätze stärken Kompetenzen, welche für einen nachhaltigen Wandel auf lokaler Ebene entscheidend sind. Partizipative Kulturarbeit muss deshalb als Hebel für sozial-ökologische Transformation und entscheidender Faktor für wirtschaftliche und soziale Resilienz anerkannt werden. Dafür empfiehlt das Deutsch-Französische Zukunftswerk den Regierungen Deutschlands und Frankreichs die folgende Maßnahme zu ergreifen:

5.1 Beratungsstelle für Kommunen zum Nutzen partizipativer Kulturarbeit für die Regionalentwicklung und zu ihrer Umsetzung einrichten

Die nationalen Regierungen sollten eine Beratungsstelle einrichten, welche insbesondere kleine und finanzschwächere Kommunen in Deutschland und in Frankreich im Sinne eines Mentorings begleitet. Diese Stelle sollte partizipative Kulturarbeit als Strategie für Regionalentwicklung anerkennen und Kommunen bei folgenden Aufgaben beraten und unterstützen:

- Der Durchführung lokaler Bedarfsanalysen (Gemeinschaftsdiagnosen) als Ausgangspunkt für die Formulierung neuer Projekte der Kommunen
- Der Stärkung der ortsbezogenen Identifikation der Menschen durch Instrumente der partizipativen Kulturarbeit
- Der Sichtbarmachung bereits bestehender Projekte und der Vernetzung lokaler Akteure über ein Mapping, das die Beratungsstelle leistet
- Der Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten für die Schaffung eines partizipativen Kulturangebots, die auch durch die Beratungsstelle selbst angeboten werden können

Für diese Beratungsstelle sollten die nationalen Regierungen keine neuen Strukturen schaffen, sondern das Angebot bereits bestehender Institutionen ausweiten. In Frankreich könnten beispielsweise die lokalen Entwicklungsagenturen² stärker für kulturelle Ansätze sensibilisiert werden, die in deren Ansatz bisher kaum Berücksichtigung finden. In Deutschland könnte etwa der inhaltliche Ansatz des Bundesverbandes Soziokultur e.V. und der 14 Landesarbeitsgemeinschaften soziokultureller Zentren und Initiativen Anknüpfungspunkt für diese Maßnahme sein.

¹ Die [Neue Leipzig-Charta](#) wurde von den zuständigen europäischen Minister:innen am 30.11.2020 beim Informellen Ministertreffen Stadtentwicklung verabschiedet.

² Die Agenturen für wirtschaftliche Entwicklung (Fr.: *Agences de Développement Économique*, ADE) sind auf Initiative von Gebietskörperschaften gegründete Vereinigungen, deren Aufgabe es ist, Strategien zur wirtschaftlichen Entwicklung der jeweiligen Region zu entwickeln und umzusetzen. Sie können auf Ebene der *régions* oder *départements*, aber auch auf lokaler Ebene, d.h. auf Ebene der Städte, Gemeinden und interkommunalen Verbänden, angesiedelt sein.





Handlungsempfehlung 6

Partizipation neu denken! Langfristige Kooperationen zwischen Kommunen und Bürger:innen fördern

„All die Aufträge die Klimawandel und Klimaschutz mit sich bringen wird die Regierung und Verwaltung nicht allein stemmen können und es wird daher „Commons-Public-Partnerships“ brauchen. Ihr braucht die Leute, um die Klimaziele zu erreichen! Und ich sage es nochmal: Bürger:innenbeteiligung muss auch gelernt werden, es heißt nicht nur Meckerbriefe zu schreiben, sondern auch die Ressourcen zur Verfügung gestellt zu bekommen, selbst etwas zu verändern und dabei begleitet zu werden.“

Ann-Marie Weber
BNE-Netzwerk Koordinatorin,
Marburg

Die Stadt Marburg hat diese Botschaft verstanden. Derzeit baut sie einen Klimarat auf und sucht die Kooperation mit ihren Bürger:innen. So nimmt die Stadt als Teil ihrer Strategie, bis 2030 klimaneutral zu werden, am *Wattbewerb* teil. Bei diesem Wettbewerb für Kommunen geht es um den beschleunigten Ausbau von Photovoltaik. Die Herausforderung lautet: Welche Kommune schafft es als erste, ihre installierte Leistung an Photovoltaik zu verdoppeln? Marburg setzt auf Kooperation zwischen Stadtverwaltung, Zivilgesellschaft und Universität, um die Dachbesitzer:innen in der Stadt zu überzeugen, ihre Dächer mit Photovoltaik-Anlagen auszustatten. Doch sind diese Kooperationen zunächst sehr zeitintensiv und verlangen ein großes zusätzliches Engagement der Verwaltungsangestellten, da sie noch nicht als Kernaufgabe der Verwaltung gesehen werden.

Begründung

In Deutschland und Frankreich zeigt sich zurzeit ein starker politischer Wille, Bürger:innen stärker in öffentliche Entscheidungen mit einzubeziehen, damit sie die sozial-ökonomische Transformation mittragen. In Frankreich legte die *Convention Citoyenne pour le Climat 2020* ihre 149 Empfehlungen vor. Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung in Deutschland wird die Einsetzung von Bürger:innenräten durch den Bundestag angekündigt. Erfahrungen aus den Kommunen haben jedoch gezeigt, dass es neben punktuellen Bürger:innenräten auch eine kontinuierliche Kooperation zwischen lokaler Regierung und Bürger:innen braucht, um gegenseitiges Vertrauen aufzubauen und gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Eine nur punktuelle Beteiligung weckt eher falsche Erwartungen und kann in Verwerfungen und öffentlichem Widerstand enden. Daher gilt es, die Idee der Beteiligung von und Kooperation mit Bürger:innen nicht als zusätzliches Mittel, sondern als zentralen Bestandteil der Klimapolitik zu sehen.

Kommunen haben hier bereits einen breiten Erfahrungsschatz aufgebaut. So arbeitet die französische Gemeinde Loos-en-Gohelle bereits seit Jahren mit dem Fifty-Fifty Ansatz, bei dem die Gemeinde Ideen aus der Bevölkerung ohne formelle Antragsstellung aufnimmt. Zur Umsetzung einer Projektidee teilen sich Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft die Bereitstellung der Ressourcen. Kommunen in Deutschland wie z.B. Berlin oder Münster haben in der Erprobung von public-common partnerships Pionierarbeit geleistet.

Das Deutsch-Französische Zukunftswerk versteht Commons-Public Partnerschaften als Reallabore, welche mit neuen Kooperationsformen experimentieren und Veränderungsprozesse anstoßen. Commons-Public Partnerschaften sind Kooperationsmodelle, die staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure langfristig zusammenbringen, um sich für das Gemeinwohl einzusetzen. Sie können somit die sozial-ökologische Transformation beschleunigen und Verwaltungen maßgeblich bei der Erreichung ihrer Klimaziele unterstützen.

Langfristige Bürger:innenbeteiligung kann nicht einfach neben her geschehen. Sie will gelernt sein und braucht Unterstützung. Dies hat das Land Baden-Württemberg erkannt und 2021 ein Gesetz zur Bürger:innenbeteiligung verabschiedet. Es sieht vor, dass die Verwaltung die Bevölkerung zu einem Thema frühzeitig konsultiert. Gleichzeitig unterstützt die baden-württembergische Service-Stelle Bürger:innenbeteiligung breite Partizipationsprozesse, so z. B. durch Beratungsangebote für Kommunen, direkte Unterstützung für zivilgesellschaftliche Initiativen und einen Leitfaden für eine neue Verwaltungskultur.

In Frankreich wurde ein Interministerielles Zentrum für Bürger:innenbeteiligung ins Leben gerufen, um öffentliche Bedienstete in ihren Bemühungen um effektive Einbindung von Bürger:innen zu begleiten. Ebenso wird derzeit ein sogenannter Beschleuniger für Bürgerinitiativen eingeführt. Diese Instrumente richten sich jedoch nicht an Kommunen. Ähnliche Instrumente auf regionaler Ebene bleiben selten und bescheiden im Umfang.

Plädoyer

Die Erfahrungen deutscher und französischer Kommunen haben gezeigt, dass die Einführung von Formaten **kontinuierlicher Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Zivilgesellschaft und Bürger:innen** das Potenzial für Innovation und positive Veränderung tragen. Diese Formen der Kooperation verharren bisher in den Debatten um Klimapolitik und soziale Resilienz in einer Nische.

Die französische und die deutsche Regierung sollten deshalb die Etablierung und Weiterentwicklung von Formaten der kontinuierlichen Kooperation zwischen Bürger:innen, Zivilgesellschaft und den kommunalen Verwaltungen unterstützen. Die Kommunen benötigen solche Kooperationen zur Erreichung ihrer Nachhaltigkeitsziele.

Dies verlangt nach einem proaktiven, mit den Kommunen und der Zivilgesellschaft zusammen gestalteten nationalen Aktionsprogramm zur:

- Entwicklung von Instrumenten, Methoden und Formaten der Beteiligung und Kooperation.
- Bereitstellung eines Weiterbildungsangebots für lokale Mandatsträger:innen und Verwaltungsangestellte, das den Kompetenzerwerb zu nachhaltigen Kooperationsformen zwischen Kommunen, Zivilgesellschaft und Bürger:innen ermöglicht.

Denn erst wenn Beteiligung und Kooperation zur Kernaufgabe, angemessen finanziert und ernsthaft verfolgt werden, können sie ihre Wirkung entfalten. Beteiligung und Kooperation erfordern darüber hinaus, dass die lokalen Verwaltungen die Öffnung der Daten beschleunigen und Transparenz herstellen. Die nationalen Regierungen sollten die nötigen gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen und methodisch unterstützen. Dafür empfiehlt das Deutsch-Französische Zukunftswerk den Regierungen Deutschlands und Frankreichs folgende Maßnahmen zu ergreifen:

6.1 Bürger:innenbeteiligung als zentralen Bestandteil im kommunalen Klimaschutz etablieren

Die nationalen Regierungen sollten die Einrichtung von Partizipations-Servicestellen unterstützen, die sich am Beispiel des Beteiligungsportals Baden-Württemberg orientieren. Diese Servicestellen sollten:

- Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene aufzeigen und erläutern,
- Good Practice-Beispiele erfolgreicher Beteiligungsformate sichtbar machen,
- Qualifizierung und Kompetenzerwerb durch Fort- und Weiterbildungsangebote für gewählte lokale Vertreter:innen und Beschäftigte der Kommunalverwaltungen ermöglichen, und
- einen Pool an akkreditierten Expert:innen für Moderation, Prozessbegleitung und Mediation bereitstellen.

6.2 Etablierung eines Bundeskompetenzzentrums für Commons-Public Partnerschaften

Commons-Public Partnerschaften machen die Ressourcen, die Ideen und den Gestaltungswillen zivilgesellschaftlicher Akteure vor Ort nutzbar. Die Qualifizierung der gewählten Vertreter:innen, der Kommunalverwaltungen und der lokalen Zivilgesellschaften ist dabei zentral, um nachhaltige Kooperationsformate aufzubauen.

6.3 Schaffung eines Rechtsrahmens, der sich am Beispiel der Freiwilligen Feuerwehr orientiert, und eine zeitlich begrenzte Zusammenarbeit zwischen engagierten Bürger:innen und der Kommunalverwaltung ermöglicht

Ein solcher Rechtsrahmen kann Anreize für ein langfristiges Volontariat schaffen durch Schulungen und Weiterbildungsmöglichkeiten, steuerfreie Aufwandspauschalen, eine geregelte Unfall- und eine Haftpflichtversicherung, sowie Möglichkeiten der Rentenvergütung.

6.4 Unterstützung nachhaltiger Kooperationsprojekte zwischen lokalen Verwaltungen und Akteuren der Zivilgesellschaft durch einen deutsch-französischen Fonds

Ein solcher Fonds kann die Vernetzung und das gegenseitige Lernen zwischen Projekten in Deutschland und Frankreich ermöglichen. Um erfolgreich zu sein und einen echten Nutzen für die Projektträger zu gewährleisten, ist es entscheidend, dass die so gewährte Unterstützung mehrere Jahre andauert.





Handlungsempfehlung 7

Diskriminierungssensible Transformationspolitik auf lokaler Ebene ermöglichen

„Selbst wenn man den besten Willen hat und mit einem ‚Jeder ist willkommen!‘ einlädt, wird man nur eine bestimmte Gruppe von Menschen haben, die teilnehmen. Wir müssen also die Menschen in unsere Köpfe kriegen, die marginalisiert und unbewusst diskriminiert werden. Wenn wir nichts tun, um diese Leute abzuholen, werden sie nicht kommen und teilnehmen“.

Martin Papot
Euraénergie Dünkirchen

„Wenn wir uns wünschen, repräsentative und diverse Communities einzuladen und einzubinden, müssen wir nicht nur am Tisch auf Augenhöhe sitzen können, sondern den Tisch gemeinsam aufbauen.“

Ouassima Laabich-Mansour
Expertin für Antidiskriminierung

Der Klimawandel, die Anpassung an seine Folgen und Maßnahmen zum Schutz des Klimas wirken sich nicht nur global unterschiedlich aus. Auch innerhalb Deutschlands und Frankreichs sind Menschen ungleich betroffen. Strategien für Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels laufen in Gefahr bestehende Ungleichheiten und Diskriminierungen zu verstärken. Kommunen als erste staatliche Kontaktstelle für Bürger:innen und zentrale Akteur:innen für Klimaschutz und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels haben hier eine Schlüsselrolle.

Begründung

Kommunen müssen vor Ort die sozial-ökologische Transformation diskriminierungssensibel gestalten und somit ihren Beitrag für **Klimagerechtigkeit** leisten. Wie der **Weltklimarat** festhält, umfasst Klimagerechtigkeit drei Aspekte: Erstens, eine gerechte Verteilung der Lasten und Vorteile von Maßnahmen für Klimaschutz und eine Anpassung an die Folgen des Klimawandels, kurz, der Klimapolitik, zweitens eine Beteiligung an Entscheidungsfindungen sowie drittens eine grundsätzliche Wertschätzung von und Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Perspektiven.

Klimapolitik in beiden Ländern droht, diesem Zielbild nicht gerecht zu werden, und Diskriminierungen zu reproduzieren. So kann beispielsweise die notwendige energetische Sanierung von Wohnhäusern, ohne eine Kopplung der öffentlichen Förderung an Mietbremsen, zu höheren Mietkosten führen, die einkommensschwache Menschen besonders stark treffen. Stoßen derartige Folgen von Klimapolitik auf weitere Formen von Diskriminierung, etwa rassistische Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt¹, werden bestimmte Gruppen in besonderem Maße benachteiligt und gesellschaftliche Ungleichheiten verschärft. Das Deutsch-Französische Zukunftswerk hat drei Bereiche identifiziert, in denen eine diskriminierungssensible Transformationspolitik auf kommunaler Ebene gefördert werden kann.

Klimapolitik und Antidiskriminierungsarbeit werden in der Praxis beider Länder oft getrennt behandelt. Um den Anspruch der Klimagerechtigkeit umzusetzen, braucht es eine Vernetzung und Zusammenarbeit von öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren kommunaler Klimapolitik mit solchen, die Antidiskriminierungsarbeit leisten. Dabei ist insbesondere eine **Zusammenarbeit mit Selbstorganisationen diskriminierter Gruppen** derzeit nur unzureichend möglich. Selbstorganisationen sind insbesondere Organisationen bestimmter Migrant:innen, Community-Vereine oder Selbsthilfeverbände, die die unterschiedlichen Perspektiven ihrer Gemeinschaften spiegeln, spezifische Expertise und Erfahrungswerte bündeln und wissen, wie eine diskriminierungssensible Zusammenarbeit innerhalb und mit ihren Gemeinschaften gestaltet werden kann. Diese Selbstorganisationen arbeiten zumeist unter prekären Bedingungen und erhalten für ihren Hauptzweck, das Empowerment der eigenen Gemeinschaften, kaum Unterstützung. In der Folge fehlen ihnen die Kapazitäten, um sich in Klimapolitik einzubringen und diese mitzugestalten.

Weiterhin mangelt es Kommunen in Deutschland und Frankreich an Daten und Forschung, welche die Herausforderungen einer diskriminierungssensiblen Transformationspolitik konkretisieren. Staatliche Stellen beider Länder selbst erheben dabei zu Recht keine Daten, die diskriminierend verwendet werden können, wie zum Beispiel die Ethnizität. In Ermangelung von ausreichend Daten und Forschung, die spezifische Diskriminierungen und **vielfältige Perspektiven sichtbar machen**, sind Kommunen aber schlecht gerüstet, um Maßnahmen klimagerecht zu gestalten. Dabei zeigt das Beispiel des in Deutschland durchgeführten **Afrozensus 2020** dass Selbstorganisationen diskriminierter Gruppen unterstützt durch öffentliche Gelder und in Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Organisationen dort federführend Forschung leisten und Datengrundlagen schaffen können, wo dem Staat die Erhebung von Daten untersagt bleiben sollte. Eine derartige Zusammenarbeit bietet die Chance, Daten sensibel zu erheben, Selbstzuschreibungen zu erfassen sowie Perspektiven und Empowerment-Strategien aufzuzeigen.

Eine weitere Chance für eine erhöhte Sichtbarkeit von vielfältigen Perspektiven und mehr Beteiligung an Entscheidungsfindungen bieten konsultative **Bürger:innenräte**. Bürger:innenräte erhalten als Ergänzung der repräsentativen Demokratie in Frankreich und Deutschland derzeit viel politischen Zuspruch und ein breites Echo in der Öffentlichkeit. Dabei sind Bürger:innenräte jedoch selten so gestaltet, dass Menschen, die Diskriminierung erfahren müssen, sich gleichberechtigt einbringen können und ihre Perspektiven wertgeschätzt finden. Erfahrungswerte von Bürger:innenräten auf kommunaler Ebene zeigen zum Beispiel, dass bei einer Auswahl von Bürger:innen durch Losverfahren mit schriftlicher Einladung Faktoren wie Deutsch oder Französisch als Fremdsprache faktische Beteiligungshürden darstellen können.

Plädoyer

Kommunen gestalten die sozial-ökologische Transformation. In dieser Transformationsgestaltung müssen Kommunen sensibel für bestehende Diskriminierungen sein und diese abbauen. Dafür brauchen sie die vielfältigen Perspektiven der Gesellschaft. Für Menschen, die unterschiedliche Diskriminierungen erfahren müssen, bestehen aber vielfach Zugangshürden. Klimapolitische Maßnahmen laufen in die Gefahr, Diskriminierungen zu verfestigen, wenn diese Zugangshürden nicht abgebaut werden. Die nationalen Regierungen müssen deshalb insbesondere die Potenziale und bestehenden Formen der **Zusammenarbeit auf Augenhöhe** von lokaler Politik und Verwaltung mit den zivilgesellschaftlichen Selbstorganisationen von diskriminierten Gruppen **anerkennen und fördern**.



In Deutschland und Frankreich

7.1 Antidiskriminierungsarbeit und kommunale Klimapolitik vernetzen

Die nationalen Regierungen sollten Förderprogramme für kommunale Klimapolitik so gestalten, dass sie eine **Vernetzung** und Zusammenarbeit mit öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren vorsehen, die Antidiskriminierungsarbeit leisten. Um Selbstorganisationen diskriminierter Gruppen eine Beteiligung zu ermöglichen, sollte zudem die Existenz dieser Organisation über eine strukturelle und mehrjährige Förderung aus nationalen Mitteln gesichert werden, die auch das Empowerment dieser Gruppen durch ihre Selbstorganisationen umfasst.

7.2 Diskriminierungen und Ungleichheiten erfassen und abbauen

Die nationalen Regierungen sollten dafür sorgen, dass mehr **Daten und Forschung** aufzeigen, wie Klimapolitik sich auf bestehende Ungleichheiten und Diskriminierung in beiden Gesellschaften auswirkt. Gefördert werden sollten insbesondere Daten und Forschung zu Situation, Perspektiven und Strategien diskriminierter Gruppen, die in einer Zusammenarbeit der Selbstorganisationen diskriminierter Gruppen mit selbst gewählten wissenschaftlichen Organisationen konzipiert und umgesetzt werden.

7.3 Bürger:innenräte diskriminierungssensibel gestalten

Die nationalen Regierungen sollten dazu beitragen, dass Bürger:innenräte diskriminierungssensibel gestaltet werden, um bei allen Fragen der sozial-ökologischen Transformation eine Vielfalt von Perspektiven sichtbar zu machen. Einzelne Kommunen in Deutschland und Frankreich haben Ansätze für gleichberechtigte **Lernräume** entwickelt, die Verbreitung finden und auch von Bürger:innenräten auf nationaler Ebene aufgegriffen werden sollten. Dazu gehören Maßnahmen wie Aufwandsentschädigungen, der Gebrauch einfacher Sprache, eine diskriminierungssensible Gestaltung des Prozesses und eine aktive, gruppenspezifische Ansprache.

¹ Für Deutschland bestätigt eine [Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes](#), dass bei der Wohnungssuche rassistische Diskriminierungen deutlich häufiger vorkommen als Diskriminierungen aufgrund von anderen durch das Allgemeine Gleichstellungsgesetz (AGG) geschützten Merkmalen. Die Mehrzahl der Befragten, die Diskriminierungserfahrungen bei der Wohnungssuche machen mussten, haben sich im Anschluss zudem nicht an eine Stelle gewandt, um den Vorfall zu melden oder sich Beratung zu holen.

Erfahren Sie mehr über unsere
bisherige Arbeit auf:



➤ df-zukunftswerk.eu

info.zukunftswerk@iass-potsdam.de

Umgesetzt von



GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

